

Probelesen.

Generieren



Donnerstag 17. Apr.* ■ Rheintalische Volkszeitung ■ Amtliches Publikationsorgan des Rheintals ■

▼ Nach Themen

[Aus der Region](#)
[Oberes Rheintal](#)
[Unteres Rheintal](#)
[Regionalsport](#)
[Kurznachrichten](#)

▼ Diverses

[Archivsuche](#)
[Abo-Bestellung](#)
[Einsendung aufgeben](#)
[Redaktionsteam](#)
[Inserat aufgeben](#)
[Kleinanzeige](#)
[Inserateteam](#)
[Inseratarife](#)
[Impressum](#)
[Kontakte](#)
[Publi-Reportagen](#)
[Bildschirmschoner](#)

▼ Nach Ortschaften

Bitte auswählen



Aus der Region

Legislatur wurde abgeschlossen Aus dem Grossen Rat des Kantons St. Gallen

17.04.2008 psg



Mit dem Kehraus-Apéro ging die Legislatur zu Ende. (Foto: ari)

(SVP, Wil) wurde deshalb abgelehnt.

Eine «grüne Parkzone» für sparsame Autos und PWs mit Alternativantrieb wird es im Kanton vorerst nicht geben. Ruedi Blumer (SP, Gossau) brachte seine Motion nicht durch.

Einen Bericht über die Einführung von Sozialinspektoren wurde von der SVP gefordert. Die Gemeinde erfüllten ihre Aufgaben gut, meinten die Gemeindepräsidenten im Rat. Es gehe darum die Gemeindeautonomie zu respektieren. Der Kanton brauche sich hier nicht einzumischen.

«Armeevaffen freiwillig im Zeughaus deponieren.» Diese Forderung brachte die SP weder als Motion noch als Postulat durch. Der Kantonsrat will auf eine Bundesregelung warten.

Der Kanton führt keine Einbürgerung auf Probe ein. Lukas Reimann (SVP, Wil) scheiterte mit seiner Motion. Die Einbürgerungsräte müssten nur ihre Arbeit machen, das reiche.

Eine Beschleunigung der Jugendstrafverfahren hatte die SVP gefordert. Die Motion kam aber nicht durch.

Ein Gebühren-Benchmarking wollte Lukas Reimann (SVP, Wil). Dieses hätte zeigen sollen, welche Gemeinde wie hohe Gebühren erhebt. Dazu gebe es keine Unterlagen, entgegnete die Regierung. Auf die statistischen Erhebungen wollte der Rat verzichten.

Ein Bericht über die Folgen des neuen Finanzausgleichs und über die Möglichkeiten einer strukturellen Stärkung des Kantons St. Gallen wird nicht erstellt. Peter Zuberbühler (FDP, Uetliburg) brachte sein Postulat nicht durch.

Änderungen im Baugesetz rund um das Thema Mobilfunk-Antennen gibt es nicht. Beda Sartory (CVP, Wil) kam mit seiner Motion nicht durch.

Die Nutzungsentschädigung für Bootshäfen werden nicht neu diskutiert. Felix Bischofberger (CVP, Altenrhein) brachte seine Motion nicht durch.

Gartmann zieht Vorstösse zurück Walter Gartmann (CVP, Mels) gab am Mittwoch im St. Galler Kantonsrat bekannt, dass er alle seine eingereichten Vorstösse zurück ziehe. Die Vorstösse betrafen die Mobilitätskosten der Landbevölkerung, den Baustellenzutritt von Gewerkschaften, Religiöse Bauten von fremdländischen Kulturen und die Eigenmietwertbesteuerung für Personen im Ruhestand. Die Regierung sagte zu allen diesen Vorstössen Nein – der für die neue Legislatur nicht mehr kandidierende Kantonsrat ersparte sich so die voraussehbare Ablehnung.

Hooligan-Konkordat

Der Kanton St. Gallen tritt dem Hooligan-Konkordat bei. Damit werden die heute bereits bestehenden Massnahmen gegen randalierende Fussball-

St. Gallen. – Integrationsvereinbarungen mit allen Ausländerinnen und Ausländern wird es im Kanton nicht geben. Das Ziel sei zwar richtig, aber rechtlich sei es der falsche Weg, so die Argumentation der Regierung und der Ratsmehrheit. Mit ausländischen Kulturvermittlern, insbesondere mit Imanen, bei Familiennachzug und vielen weiteren Fällen mache man solche Vereinbarungen. Flächendeckend aber gehe das nicht. Die entsprechende Motion von Lukas Reimann



METEOCENTRALE.CH
 Kachelmann-Wetter in Altstätten SG am 17.04.
 2 °C

Aktuell - OK

Publireportagen

Überregionale News

11:00

[Traditionelle Werte haben hohen Stellenwert](#)

06:35

[Fernsehduell vor Pennsylvania-Vorwahl](#)

22:09

[Druck auf Mugabe wächst](#)

16:14

[Erneut Forderung nach höherem Milchpreis](#)

12:00

[Mehr Umsatz im Schweizer Gastgewerbe](#)

10:17

[Verträge mit EU prägen Schweizer Wirtschaft](#)

:: Werbung

RAIFFEISEN
Börsenkurse

und Hockey-Fans weitergeführt, auch über die befristet geltenden Bundesmassnahmen und nach 2010 hinaus. Auch nach der Fussball-Europameisterschaft im Juni sollen gewaltbereite Fans unter Kontrolle gehalten werden können. Die provisorisch vom Bundesgesetzgeber erlassenen Massnahmen (Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit, BWIS) gelten nur bis Ende 2009. Nachher sollen sie in einem Konkordat zu definitivem Recht werden. Die für die Euro geltende Kaskade der Massnahmen sei zweckmässig und solle weiter geführt werden, forderte die vorberatende Kommission. Als erster Schritt wird gegen gewalttätige Fans ein Ra-yonverbot ausgesprochen. Bei Widerhandlungen kann eine Meldepflicht verfügt werden und als dritte Stufe kommt es zum Polizeigewahrsam – bis zu 24 Stunden können Hooligans eingesperrt werden. Die Hooligan-Datenbank und Ausreisebeschränkungen bleiben ebenfalls bestehen, doch darüber hat der Bundesgesetzgeber entschieden, diese beiden Punkte sind nicht im Konkordat geregelt.

Am Rande der Debatte ging es auch um das Alkoholverbot in den Stadien. Angela Tsering (Grüne, St. Gallen) fand dies sinnvoll. Die Kommission meinte, das bringe wenig, weil Alkohol gerade auch vor und nach den Spielen konsumiert werde.

Die SP-Fraktion erläuterte, dass sie keine geschlossene Meinung zum Konkordat habe. Ein Teil lehne es aus verfassungsrechtlichen Gründen ab. Man solle mit dem Beitritt abwarten, ob sich die Massnahmen bewähren. Problematisch sei, dass man den Erlass inhaltlich nicht steuern könne, die Polizeihöhe liege aber bei den Kantonen.

Regierungsrätin Karin Keller-Sutter verteidigte das Vorgehen, denn der Bundesgesetzgeber habe in diesem Bereich eigentlich gegen die Verfassung legiferiert.

Deshalb sollen nun die Kantone die Rechtsgrundlagen schaffen. Damit war der Beitritt zum Hooligan-Konkordat beschlossen.

Schluss-/GesamtAbstimmungen

- Elf Gesetze und Beschlüsse wurden am Mittwoch vom St. Galler Kantonsrat in Schluss- und GesamtAbstimmungen genehmigt.
- Das Fischereigesetz passierte mit 156 Ja mit nur einer Gegenstimme.
- Der Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz über die politische Planung und Steuerung wurde mit 152:5 Stimmen genehmigt.
- Der 3. Nachtrag zum Steuergesetz stiess bei SP, Grünen und EVP auf Widerstand. Das Abstimmungsresultate lautete entsprechend 114 Ja zu 41 Nein.
- Der 4. Nachtrag zum Steuergesetz passierte mit 152:1 Stimmen.
- Dem Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz wurde mit 151:3 Stimmen zugestimmt.
- Der Beitritt zum Schulkonkordat «HarmoS» stiess bei der SVP auf Opposition. Das zustimmende Resultat hiess deshalb 117 Ja zu 34 Nein. Der Antrag auf das Ratsreferendum wurde mit 116:38 Stimmen abgelehnt. Die SVP kündigte allerdings an, Unterschriften für ein Referendum zu sammeln.
- Der Beitritt zum Fischereikonkordat im Zürichsee, Linthkanal und Walensee passierte mit 156 Ja – ohne Gegenstimme.
- Die Erweiterung der Notfallstation am Spital Walenstadt wurde mit 152:2 Stimmen genehmigt.
- Der Bau des Fachhochschulzentrums Bahnhof Nord in St. Gallen wurde mit 151:2 Stimmen bewilligt.
- Die Finanzierung technischer Verbesserungen der Südostbahn wurde mit 157 Ja ohne Gegenstimme gutgeheissen.
- Der Nachtrag zum Kantonsratsreglement erhielt 137 Ja- und 15 Nein-Stimmen.

[Zurück zur Liste](#)



 [Printversion](#)

 [Artikel versenden](#)

 [Leserbrief](#)

Copyright © 2008 [Rheintalische Volkszeitung](#)

[rva Druck und Medien AG](#), Kesselbachstrasse 40, 9450 Altstätten

Ein News-Portal von

[netfabrix](#)